

Völler, Tapezierer u. Portefeuller Zeitung

Organ des Deutschen Hütler, Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Nonp. Seite 60 Pfl.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b^{III}
Zensurprüfer Amt Neudamm Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Wie stellen wir uns zu den Unorganisierten?

Der wunde Punkt in der heutigen Gewerkschaftsbewegung ist das Vorhandensein der großen Menge unorganisierten Berufsgelegen. Auch in der statistischen Erhebung, die im Nordgau vorgenommen wurde, tritt dieser Umstand erschreckend in Erscheinung. An Agitation und Aufklärung ist in den letztvergangenen Jahren viel zu wenig getan worden, weil bekanntlich die ganze Zeit der Verbandsfunktionäre mit Tarif- und Lohnverhandlungen ausgefüllt werden mußte. Mit der Einführung der stabilen Geldwährung hörte das zwar auf, doch sind auch jetzt die Arbeitslosigkeit an, mit verstärktem Druck auf die Berufsgelegen einzuwirken.

Viele der Frauen und Jungen wandten dem Verband sofort wieder den Rücken, der ihnen während der Inflationszeit doch die Löhne hoch brachte und sicherte! Andere wiederum denkmägen andere Vorwände, wie die Zersplitterung in der politischen Richtung, mißverstandene oder falsche Anschuldigungen gegen Parteileiter oder Gewerkschaftsführer, oder gar einzelne Handlungen von Personen, um sich von ihrer Organisationspflicht zu drücken. Wie immer die Gründe und Ausreden auch beschaffen sein mögen, die vorgebracht wurden, um die Flucht aus der Organisation zu bewähren und zu rechtfertigen, sie können alle zusammen nicht als stichhaltig anerkannt werden. Wie die Dinge in der deutschen Wirtschaft heute sich zuspitzen, gibt es für die Arbeitnehmerschaft nur eine Möglichkeit, sich eine Existenzmöglichkeit zu erhalten und zu sichern, eine starke Organisation.

Es ist nun kaum anzunehmen, daß es den Unorganisierten gänzlich unbekannt ist, daß sie schon im ureigensten Selbstinteresse in die Berufsorganisation gehören. Selbst der Ausgeworfene hat doch Kenntnis davon erlangt, daß der Verband es war, der dafür gesorgt hat, daß Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt wurden und daß überall dort, wo kein Verband Einfluß genommen hat, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch entsprechend schlecht sind.

Durch die Gewerkschaftspresse ging kürzlich eine kurze Epistel an die Unorganisierten so ihnen gesandt wurde, daß sie dem Diebe vergleichtbar wären, der in den Garten seines Nachbarn geht und dort erntet, wo er nicht geübt hat! — Der Vergleich ist zwar etwas derb, aber im wesentlichen durchaus zutreffend! Denn die meisten Unorganisierten ernten ja tatsächlich auch mit, wo sie nicht geübt haben! Während unsere alten treuen Verbandsmitglieder oft ein Menschenalter lang ihre ganze Kraft und freie Zeit dafür einsetzten (ganz abgesehen von der Beitragsleistung), daß die Arbeitszeit verabreicht und anständige, menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeführt wurden, haben die Unorganisierten ohne alle Bedenken und Gewissenskrüppel diese Vorteile mitgenommen. Sie haben also tatsächlich geerntet und ernten noch immer, wo sie nicht geübt haben.

Ist das ehrenhaft? Ist das nicht vielmehr in jeder Hinsicht unwürdig und deprimierend, setzt ihr euch nicht selbst dadurch herab? — Wie steht es mit eurer Selbstachtung, wenn ihr an obige Vergleiche euch erinnert?

Selbst das Deutsche Reichsgericht hat in einem Urteil vom April 1922 (das im Heft 1 S. 1045 der „Juristischen Wochenschrift“ abgedruckt ist) ausgesprochen, daß die Organisationen den Unorganisierten gegenüber berechtigt sind, einen gewissen Druck auszuüben, um sie an ihre Pflichten zu erinnern und zur Erfüllung derselben anzuhalten. Zur Begründung des Urteils heißt es unter anderem:

„Steht es jedem einzelnen frei, sich einer Organisation anzuschließen oder nicht, so muß andererseits anerkannt werden, daß die Organisationen ein berechtigtes Interesse daran haben, sich möglichst stark auszubauen und sich so im gewerblichen Lohnkampf einen möglichst großen Einfluß zu verschaffen, daß sie auch bei der Verfolgung dieses Zieles vor entgegenstehenden Interessen Dritter nicht zurücktreten brauchen und, wie dies im Inter-

essenkampf allgemein zugelassen ist, darauf hinwirken dürfen, über sie die Oberhand zu gewinnen. Da zur Stärkung ihrer Stellung und ihrer wirtschaftlichen Kraft die möglichst vollständige Heranziehung aller für sie in Betracht kommenden Personen von ausschlaggebender Bedeutung ist, kann ihnen nicht verwehrt werden, zur Erreichung dieser Voraussetzung einen gewissen Druck auf die zum Anschluß nicht Bereiten auszuüben und Maßnahmen zu treffen, um ihren Widerstand zu überwinden. Selbstverständlich dürfen hierbei nur erlaubte Mittel zur Anwendung gelangen, und auch die nur Injunkt, als sie in ihrer Auswirkung nicht gegen die guten Sitten verstoßen. Letzten Endes müssen diese die Grenze der zulässigen Maßnahmen bestimmen.“

Hier wird klipp und klar ausgesprochen, daß ein gewisser Druck erlaubt ist, um sich gegen den unberechtigten, kostenlosen Mißbrauch an den Früchten des durch die Organisation Ertrungenen zu schützen.

Natürlich ist der Begriff „erlaubte Mittel“, die nicht gegen die guten Sitten verstoßen“ etwas deplaciert und auslegungsfähig. Man soll überhaupt auf die Anwendung brutaler Mittel von vornherein verzichten und es versuchen, den Unorganisierten klarzumachen, warum ihr Platz an der Seite der organisierten Kollegen sein muß. Es ist freilich zu verstehen, daß manchmal eine Riesengeduld dazu gehört, den bekannten Druckbergern gegenüber die Grenze der erlaubten Mittel einzuhalten.

Grundverehr ist es aber auf jeden Fall, wenn „Kollegen“ gegenüber, die nie etwas für die gemeinsamen Interessen ihrer Berufsgelegen getan haben noch übrig hatten, auch noch besonders zarte Rücksichten genommen werden. Das verdienen sie eben nicht! Denn wenn es nach ihnen gegangen wäre, dann hätten wir in den Betrieben heute noch überlange Arbeitszeiten und schlechteste Entlohnung. Wiefach sind es auch gerade die Unorganisierten, die alle Akkordpreise durch stumme Wähler und Schinderei herunterwirtschaften und so dazu beitragen, daß die Schinderei immer ärger wird. Obwohl sie genau wissen, daß sie alles der Organisation zu verdanken haben und ihren Funktionären, schimpfen sie auf die Organisation und die Bonzen, die sich von Arbeitergrößen maßten!

Man sollte nun meinen, daß jedes Verbandsmitglied diesen „Auch-Berufsgelegen“ sofort in ernster, sachlicher Weise das Ehr- und Gewissenlos solcher Beharrens klarmachen müßte! Das ist aber leider nicht immer der Fall. Es soll sogar vorkommen, daß selbst Verbandsmitglieder solchen Unorganisierten noch zustimmen und tapfer mitschimpfen. Es gibt eben recht unterschiedliche Menschen, deren psychologische Beschaffenheit viele Mängel enthalten. Mancher mag aus der Unklarheit des Denkens heraus handeln, weil er sich der Tragweite seines Verhaltens gar nicht klar bewußt ist. Vielleicht empfindet er sogar im Unterbewußtsein schon, daß sein Verhalten den Schimpferen der Unorganisierten gegenüber lächerlich ist. Es fehlt ihm aber an der erforderlichen Klarheit des Denkens, sich die Folgen seiner Energielosigkeit richtig klarzumachen, wo so wird er eben zum Schädiger der gemeinsamen und seiner eigenen Interessen, aus purer Schlappheit!

In unserer gegenwärtigen Zeit sind bei vielen Menschen alle Ehrbegriffe verlorengegangen. Wenn schon das böse Beispiel, was uns in der jüngsten Zeit von Lesben gegeben wurde, die zu den höchsten Spigen unseres Volkes gehörten, niederdrückend wirkt, so müssen wir jetzt um so viel mehr unsere Kraft dafür einsetzen, daß das Ehr- und Pflichtgefühl, Treu und Glauben in unseren Kreisen wieder zur Anerkennung und Anwendung gelangen. Es kann ein erlaubter Druck, der nicht gegen die guten Sitten verstößt, im Umgang mit Unorganisierten zur Anwendung kommen, so heißt es ganz ausdrücklich in dem jüngsten Reichsgerichtsurteil. Dies sollten wir uns einprägen und unser Handeln gegenüber den Unorganisierten darauf einrichten. Nach unserer Schätzung gibt es in allen Branchen unseres Berufs-

noch recht viel Unorganisierte. Denkt daran, daß in erster Linie alle Wandertkollegen unter sich organisiert und zusammengefaßt werden müssen. Jeder Branchenleiter muß bestrebt sein, die Berufsgelegen und -kolleginnen fest in die Hand zu bekommen. Behandelt die Beitragsgelegen, die Unorganisierten, so wie es ihnen gegenüber die Situation erfordert. Keine Schwäche, kein charakterloses Mitschimpfen auf die Organisation, sondern energische und sachliche Verteidigung derselben. Das erfordert unsere Ehre! Handelt danach, dann wird es wieder vorwärts gehen. Die Organisation wird stark werden und sich in Achtung und Ansehen setzen. Das aber ist die Voraussetzung, um in der Gegenwart und Zukunft weitere Erfolge zu erkämpfen und dem Endziel näher zu kommen.

Ferien für Jugendliche.

Eine Forderung an die Gesetzgebung.

Der Ausschuß der deutschen Jugendverbände hatte sich in seiner Sitzung am 20. Januar d. J. mit der Frage „Ferien für die erwerbstätigen Jugendlichen“ beschäftigt. Das Referat war dem Kollegen Alexander Knoll vom Vorstand des ADGB übertragen worden. Kollege Knoll legte dar, wie aus gesundheitlichen, staatspolitischen und wirtschaftlichen Gründen und vor allem aus sozialer Gerechtigkeit den erwerbstätigen Jugendlichen ein regelmäßiger Arbeitsurlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden muß. Die Gewerkschaften waren auf dem besten Wege, durch Tarifverträge auch die Urlaubsfrage für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter mitzugewinnen. Zwei Umstände ließen jedoch einen vollen Erfolg nicht zu; einmal waren es manche Juristen, die herausfanden, daß Lehrlinge nicht von den Tarifverträgen mitbestimmt werden dürften und zweitens die völlige Verständnislosigkeit des deutschen Arbeitgebertums gegenüber sozialpolitischen Maßnahmen, die zu einem Rückgang der Wirkung der Tarifverträge führte. Diese Tatsachen müssen zu einer um so energischeren Forderung der gesetzlichen Regelung des Urlaubs für Jugendliche führen.

Die Aussprache ergab grundsätzliche Übereinstimmung der Anwesenden; es sprachen u. a. die Vertreter der evangelischen Jugendvereine, des Jungdeutschen Bundes, der Deutschen Turnerstaffel, des Jungsturm, der katholischen Jugendverbände und der vertriebenen Gewerkschaftsrichtungen. Das Reichsministerium des Innern war durch Frau Dr. Bäumer vertreten, die hervorhob, daß man sich keinen Illusionen hingeben dürfe über die Möglichkeiten, die Verwendung der Urlaubszeit zu organisieren. Für das preussische Arbeitsministerium erklärte Dr. Richter sein großes Interesse an dieser Frage und wies auf die Bedeutung von Ferienheimen hin; der Ausschuß der deutschen Jugendverbände mußte die Abgeordneten im Reichstag und Landtag für die Urlaubsfrage interessieren.

Der Hinweis eines Diskussionsredners, daß man gleichzeitig Bindungen für die Verwendung der Freizeit schaffen müsse, wenn man die Freizeit selbst gewähre, wurde von den librischen Rednern abgelehnt; man habe nichts von solchen Bindungen gehört, als Hunderttausende von Jugendlichen infolge Arbeitslosigkeit wochenlang auf der Straße lagen. Deht komme es in erster Linie darauf an, den Urlaub zu sichern; durch Zusammenstoß aller in Frage kommenden Stellen könne man dann auch gegen die unzumutbare Verwendung des Urlaubs vorgehen.

Nach der Debatte wurde dann folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Ausschuß der deutschen Jugendverbände hält die gesetzliche Einführung von Ferien für die erwerbstätigen Jugendlichen für eine dringende Notwendigkeit.

Der Ausschuß der deutschen Jugendverbände ersucht deshalb die Reichsregierung, so schnell als möglich eine Gesetzesvorlage einzubringen, die „5 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Ju-

gendliche (einstufige) Lehrlinge) unter 16 Jahren und 2 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einstufige Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren gewährt.

Es wurde weiter beschlossen, daß der Ausschuß gemeinsam mit den Gewerkschaften wegen dieser Forderung bei den in Frage kommenden Ministerien vorstellig werden soll. Ferner soll eine Zusammenkunft mit den Vertretern aller parlamentarischen Fraktionen veranlaßt werden, in der die Parlamentarier für die Urlaubsfrage interessiert werden sollen. Die dem Ausschuß angehörenden Verbände werden durch Berichtserstattung in ihren Zeitschriften und den Tageszeitungen die Öffentlichkeit über das Vorgehen des Ausschusses unterrichten.

Sitzung des Bundesausschusses des ADGB.

Die Tagung am 27. Januar nahm den Geschäftsbericht entgegen, der ein erfreuliches Bild der Weiterentwicklung der Gewerkschaftsbewegung erkennen läßt. Der Bauarbeiterstreik macht die Wiederanstellung eines besoldeten Sekretärs erforderlich. Auch die Sozialpolitische Abteilung soll wieder ausgebaut und durch neue Kräfte ergänzt werden. Der Bundesvorstand wird ermächtigt, auf der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz in Genf für das Nachtarbeitsverbot in Bäckereien einzutreten.

Die Beratungen der Kommission betreffs der Frage Industrieverbände sind noch nicht zu einem Resultat gelangt, diese werden fortgesetzt. Auch das Kapitel Grenzfreizügigkeiten spielt wieder zwischen Brauergewerksbund und Steinarbeiterverband. Uebertrittsbeschlüsse durch Urabstimmung wären unter allen Umständen zu respektieren. In bezug auf das angekündigte Arbeitszeitgesetz wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Der Bundesausschuß des ADGB spricht sein Befremden darüber aus, daß die Reichsregierung trotz ihres Beschlusses vom 2. August 1924 das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag noch nicht ratifiziert hat. Diese Unterlassung, wie auch die verspätete und langsame Durchführung des § 7 der noch geltenden Arbeitszeitverordnung lassen erkennen, daß der Reichsregierung der ernste Wille fehlt, den gesetzlichen Achtstundentag wiederherzustellen. Der Bundesausschuß erhebt Protest gegen diese Verschleppung, die sowohl für die deutschen Arbeiter wie für das Ansehen Deutschlands in der Kulturwelt unerträglich ist.“

Der Bundesausschuß verpflichtet erneut die Gewerkschaften, auch entgegen allen Widerständen, an der achtstündigen Arbeitszeit festzuhalten und alle gewerkschaftlichen Mittel für deren baldige Wiederherstellung auf der ganzen Linie einzusetzen. Gleichzeitig wird der Bundesvorstand beauftragt, die Vorbereitungen für die Herbeiführung eines Volksentscheides zu beschleunigen, damit auf diesem Wege, wenn andere nicht zum Ziel führen, die Reichsregierung zur Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentages gezwungen wird. Von den Bezirks- und Ortsausschüssen des Bundes wird erwartet, daß sie entsprechend den Anweisungen des Bundesvorstandes ihre ganzen Kräfte für das Gelingen dieser Aktion einsetzen.

Die Beratung dieser Angelegenheit hatte zwei Tage in Anspruch genommen.

Am dritten Tage befaßte sich der Bundesausschuß mit der Organisation des gewerkschaftlichen Bildungswesens. Knoll unterbreitete nach einem einleitenden Referat die Anträge des Bundesvorstandes, die einen Pflichtbeitrag der angeschlossenen Gewerkschaften für ihre Mitglieder zur Unterhaltung der Bildungseinrichtungen vorsehen. Bei diesen handelt es sich um die Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf, um das Bildungsinstitut in Tinz und um die Arbeiter-Akademie in Frankfurt a. M. In der Aussprache wurde empfohlen, diese Bildungseinrichtungen durch stufenweise Herstellung des Bildungsganges in einen geordneten Zusammenhang zu bringen. Die Auszubildenden der Gewerkschaftsfunktionäre müsse in den Verbänden durch deren eigene Bildungsorgane ihren Anfang nehmen. Als zweite Stufe kommen lokale Bildungskurse der Ortsausschüsse in Betracht. Die dritte Stufe bilde die Unterrichtsanstalt in Tinz, die vierte die diversen Wirtschaftsschulen und als vorläufig oberste Stufe komme die Arbeiter-Akademie in Betracht, die allerdings eine gute Anleihe vorsehulter Kräfte voraussetzen müsse. In der entscheidenden Abstimmung wurde die Erhebung eines Kulturbeitrags von 5 Pf. pro Jahr und Mitglied geben sieben Verbände (mit 4694 562 gegen 2 366 596 Stimmen) beschließen.

Sodann berichtete Grafmann über seinen Besuch der Gewerkschaftskongresse in den Vereinigten Staaten und Mexiko und über die dort angeknüpften guten Beziehungen mit den amerikanischen und mexikanischen Gewerkschaften, die durch Austausch der Veröffentlichungen und Erfahrungen, sowie durch gegenseitige Förderung von Studien befestigt werden sollen.

Bereits im Vorjahr war deutscherseits die Einsetzung einer gewerkschaftlichen Subkommission nach Nordamerika geplant und den Vorständen die Beteiligung nahegelegt worden. Da der Plan in den Vereinigten Staaten eine gute Aufnahme gefunden hat, so werden die Vorstände nunmehr ersucht, ihre Teilnehmer festzustellen. Die näheren Einzelheiten des Reskripts sollen dann vereinbart werden.

Den letzten großen Verhandlungspunkt bildete die Zoll- und Handelspolitik, eingeleitet durch ein Referat des Sekretärs der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Eggert, der über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich, Belgien und Polen, über den Plan eines deutsch-französischen Eisentarells zur Hochtreibung der Kohleisenpreise, sowie über die Konferenzen mit französischen und belgischen Gewerkschaftern berichtete. Als Ergebnis dieser Konferenzen kann der einmütige Wille der Gewerkschaften der beteiligten Länder festgestellt werden, den Schutzzollplänen der Unternehmer entgegenzuwirken und auf den freien Warenaustausch hinzuwirken.

Nach einem Hinweis auf die bevorstehenden Betriebsrätewahlen beschloß der Bundesausschuß einstimmig folgende Entschliessung zur allgemeinen politischen Lage:

Arbeiter, schützt die Republik!

Der Sieg des Bürgerblocks im Reich, wie der Sturz der Koalitionsregierung in Preußen gefährden in weitestem Umfange die Rechte der Arbeiter, die Sicherheit der Verfassung, den Bestand der Republik.

Die deutsche Arbeiterschaft befindet sich einer Koalition der extremen Parteien von rechts und links gegenüber, die aus erklärten Feinden ihrer Ziele besteht — Feinden ihrer Staatsauffassung, ihrer Gemeinschaftsidee wie ihres Strebens nach Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft. Der Schutz der Republik, die Verteidigung der Verfassung ist den Gegnern der neuen Staatsform überantwortet worden.

Die demokratische Republik ist die einzige Gewähr, daß die Grundrechte der deutschen Arbeiterschaft gewahrt bleiben. Jedem Versuch, auf politischen Schleichwegen oder durch Gewalt den alten Obrigkeitsstaat wieder an ihre Stelle treten zu lassen, muß der entschlossene Wille der gesamten deutschen Arbeiterschaft entgegenzutreten, den jungen Freistaat gegen seine innerpolitischen Gegner mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Gewerkschaften haben zur Zeit des Kapp-Putsch bewiesen, daß sie die Republik gegen ihre innerpolitischen Feinde zu schützen imstande sind. Sie haben während des Ruhrkampfes nicht nur die Einheit des Reiches gegen die vertragsbrüchigen Staaten im Westen verteidigt, sondern auch gekämpft für den freiheitlichen Ausbau der Demokratie. Sie sind überzeugte Vorkämpfer des republikanischen und demokratischen Gedankens. Sie sind sich bewußt, daß die Wiederkehr des alten Systems auch die verbürgten Rechte beseitigen würde, die es ihnen ermöglicht, die Interessen des schaffenden Volkes gegen seine wirtschaftlichen und politischen Gegner wahrzunehmen. Ihr Einfluß auf die Befestigung der sozialen Gesetzgebung wäre unwiederbringlich dahin, der Weg wäre ihnen auf lange Zeit verlegt, ihr Ziel, die Gleichberechtigung der Arbeiter in der Wirtschaft durchzusetzen. Der Schutz der Arbeitskraft vor willkürlicher Ausbeutung, der allein von der Macht der Gewerkschaften abhängt, wäre ihnen ebenso erschwert wie vor dem Kriege.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt deshalb im Namen aller Zentralverbände, daß die Gewerkschaften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Republik zu verteidigen entschlossen sind. Der Bundesausschuß verpflichtet die Gewerkschaften, den Feinden der Republik, gleichgültig, in welchem politischen Lager sie sich befinden, Deutschenationalen und Kommunisten, in geschlossener Front entgegenzutreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen dessen eingedenk sein, daß jeder Angriff auf die Republik und ihre Verfassung die Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiterschaft gefährden. Der Bundesausschuß ruft die Arbeiter auf, dem Bürgerblock zu beweisen, daß alle Bestrebungen, die Republik zu stürzen, an dem einheitsvollen Willen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft scheitern werden.

Eine Statistik im Nordgau.

Im Nordgau wurde versucht, die derzeitigen Berufsverhältnisse statistisch zu erfassen. Wir bringen nachstehend einen Auszug aus der Gesamtzusammenstellung, die unser Gauleiter V. Dregelius soeben fertigestellt hat.

Es sei dazu bemerkt, daß es an der Zeit ist, auch in den übrigen Gauen und Bezirken wieder rührig zu arbeiten. Wer in seinem Wirkungsbereich vorwärtskommen will, muß vor allen Dingen die Verhältnisse genau kennen, damit er weiß, wie und wo mit der Arbeit angefaßt werden muß.

Verwaltung	Mitglieder				gezählte Betriebsklassen				
	männlich	weiblich	gebildeg.	ungebildeg.	V	IV	III	II	I
Hamburg	984	147	18	16	90	60	40	30	10
Hamburg	9	—	—	—	70	—	—	—	—
Lüneburg	18	—	10	7	80	55	—	30	10
Bremen	339	39	23	?	80	55	40	30	10
Delmenhorst	20	—	—	4	80	—	—	—	—
Oldenburg	21	—	—	—	??	—	??	—	—
Barel	43	—	—	?	75	—	—	—	—
Wilhelmshaven	52	—	4	—	75	50	—	—	10
Uetersen	12	—	—	—	70	—	—	—	—
Elmsbörn	12	—	—	2	70	—	—	—	—
Neumünster	18	—	—	—	70	50	35	—	—
Uthoe	6	—	—	5	75	—	—	—	—
Niel	120	4	25	28	80	55	40	—	10
Hensburg	16	—	—	—	70	50	—	—	—
Lübeck	49	3	2	8	80	—	40	—	10
Schwerin	35	2	2	—	75	—	35	—	10
Gadebusch	8	—	4	—	50	—	—	—	10
Bismar	28	—	—	8	70	50	—	25	—
Rostock	69	—	—	4	75	—	—	—	—
Güstrow	17	—	—	—	80	55	—	—	—
Parzhim	5	—	—	1	70	—	—	—	—
Neustadt	87	—	—	—	80	55	40	—	—

Zusammen 22. | 1916 | 195 | 88 | 67
? ist noch nicht abgeschlossen.

Umrechnung vorstehender Endzahlen nach Branchen.

	Mitglieder		
	männlich	weiblich	Rechtlose
Tapezierer	1020	90	52
Handwerksattler	118	1	24
Treibriemer	221	16	3
Lebwaren	204	76	7
Wagen und Kulo	197	2	2
Berufbetriebe	64	9	—
Sonstige	97	1	—
Zusammen	1916	195	88

Neu gegründet sind die Verwaltungsstellen Uthoe und Delmenhorst. Die Zahlen der Lehrlinge und Unorganisierten sind ungenau auf dem Fragebogen angegeben, dieselben sind teilweise nach bestem Wissen ergänzt. Außerhalb der Verwaltungsstellen sind mindestens ebensoviel Unorganisierte vorhanden, in der Hauptsache Sattler und Tapezierer und deren Lehrlinge. Oldenburg hat keinen Fragebogen zurückgeliefert, Arbeitslose sind 113 gemeldet, davon 89 in Hamburg, 8 in Wilhelmshaven, 12 in Kiel, 1 in Lübeck, 1 in Rostock und 2 in Güstrow. Die Herbstagitation hat uns 87 neue Mitglieder gebracht, in einigen Verwaltungsstellen ist dieselbe noch nicht abgeschlossen.

Nachfolgend geben wir eine Uebersicht über die einzelnen Branchen, zuerst die

Werftbetriebe:

Tarifvertrag ist mit den Seeschiffswerften und der aus den beteiligten Organisationen gebildeten Zentralwerftkommission unter Führung der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes abgeschlossen. Wir sind bei diesem Abschluß nicht beteiligt, weil die Zentralwerftkommission unsere Mitbeteiligung ablehnt. Der Lohn der Arbeiterinnen wird in den einzelnen Betrieben besonders vereinbart. Die Arbeitszeit ist täglich 8 Stunden, wöchentlich 54 Stunden. Ueberstundenzuschläge für die 10. und 11. Stunde sind 20 Proz., für Nachstunden 40 Proz. und für Sonntagsstunden 50 Proz. Zu den Tariflöhnen kommen pro Stunde 1 Pf. für Abgeltung der neunten Arbeitsstunde, für die Ober- und 1 Pf. und für jedes Kind 2 Pf. pro Stunde soziale Zulagen. Außerdem 10—20 Proz. Akkordzuschlag bei monatlicher Berechnung.

Leber-Treibriemen.

Reichstarif mit dristiger Lohnregelung. Arbeitszeit ist täglich 8 Stunden, wöchentlich 48 Stunden. Ueberstundenzuschlag für die 9. Stunde 15 Proz., die 10. Stunde 25 Proz., weitere Nacht- und Sonntagsstunden 50 Proz.

Neustadt 1. Werk. fällt unter den Bezirksstarif der Lederarbeiter (Gerber); die Arbeitszeit ist dort 8 Stunden täglich, doch muß die 9. Stunde auf Ber-

langen der Arbeitgeber ohne Aufsicht geleistet werden.

Hierzu ist zu bemerken: bei den gelernten Arbeitern sind 4, bei den Ungelernten 5 Lohnstufen von je 10 Proz. vom Spitzlohn im Unterschied. Ungelernte erhalten 10 Proz. weniger als Facharbeiter: Weibliche erhalten 70 Proz. vom jeweiligen Männerlohn.

Lederwarenindustrie.

Offenbacher Bezirksrat umfaßt außer den süddeutschen Gebieten Schleswig-Holstein, Hansestädte, Oldenburg sowie Hemelingen und Harburg. Lohnregelung für diesen Bezirk in Hamburg. Arbeitszeit pro Woche 48 Stunden. Ueberstundenzuschläge die 9. Stunde 10 Proz., die 10. Stunde 25 Proz., Nachtstunden 40 Proz. und Sonntags 50 Proz. In Lübeck wird der jeweilige Lohn von Offenbach gezahlt. Für Facharbeiter sind 3 Lohnstufen, für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sind 7 Lohnstufen; 2 Gruppen Facharbeiterinnen mit je 4 Lohnstufen, sämtlich im prozentualen Verhältnis zum Lohn des ältesten Facharbeiters. Der angegebene Lohn der weiblichen ist der Lohn der ältesten Stepperinnen. Lohn in drei Ortsklassen, die 2. erhält 95 Proz. und die 3. erhält 85 Proz. vom Lohn der Ortsklasse 1. Lehrverhältnisse sind tariflich geregelt; an wöchentlichen Entschädigungen werden bei dreijähriger Lehrzeit 5-7-9-11 Stundenlöhne des ältesten Facharbeiters bezahlt.

Tapezierer.

Am 31. Dezember 1924 Mitgliederzahl, Spitzenlohn und Arbeitszeit:

Table with columns: Ort, Mitglieder (männliche, weibliche, beide), Stundenlohn (männlich, weiblich), Arbeitszeit (Tag, Woche). Rows include Hamburg, Harburg, Lüneburg, Bremen, Delmenhorst, Oldenburg, Wilhelmshaven, Elmshorn, Heide, Neumünster, Kiel, Flensburg, Lübeck, Schwerin, Wismar, Holsat, Güstrow, Wismar, and a total row.

Die neuen Löhne sind in Hamburg nach dieser Zeit bei den Tapezieren 88 Pf., bei den Treibriemern 82 Pf., in der Fahrzeugbranche 82 Pf., bei den Handwerkskofflern 76 Pf. Behälter Lohn gilt auch für Harburg, für Elmshorn mit 72 Pf. In Barel hat die Fahrzeugbranche 51 Pf. Grundlohn. Sonst sind noch keine Veränderungen gemeldet.

Es wäre wünschenswert, wenn dies Beispiel fleißiger Arbeit baldigst Nachahmung fände. Wir müssen es uns leider versagen, die Tabellen, welche die Verhältnisse der einzelnen Branchen darstellen, mit abzu drucken.

Der Abstieg der Offenbacher Lederwarenindustrie.

Unter dieser Überschrift hat in Nr. 22 vom 27. Januar 1925 ein „Ungekannter“ in der „Frankfurter Volksstimme“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem neben vielem richtigen auch manches gesagt wird, was uns nicht zutreffend erscheint. Wenn gesagt wird, die Fabrikanten sträubten sich in der Inflationszeit aus prinzipiellen Gründen in ganz kurzfristiger Weise gegen jede Mark-Lohnerhöhung, jedes Zugeländnis mußte ihnen abgerungen werden, so ist das an sich schon richtig, trotzdem standen die Offenbacher Portefeuller mit ihren Löhnen damals immer an der Spitze. Wenn viele gute Kräfte von ausländischen Unternehmern engagiert wurden und Offenbach verloren gingen, so ist das doch ein ganz natürlicher Vorgang. Jeder Mensch sucht seine soziale und materielle Lage so günstig wie möglich zu gestalten. Wird ihm ein günstiges Angebot gemacht, um seine Existenz zu verbessern, so greift er eben zu. Nun mußte sich auch jeder Denkende fragen, daß die gute Konjunktur, die Offenbach während der Inflationszeit hatte, nicht ewig währen könne, und daß mit der Stabilisierung unserer Währung naturgemäß ein Stillstand und Rückgang eintreten müsse.

Nun sollen auch die Arbeiter schwere Fehler gemacht haben, und zwar auf dem Gebiet der Heimarbeit. Es folgt nun eine Schilderung der Heimarbeitverhältnisse in Offenbachs Umgebung und

der Bestrebungen der Organisation, die Lohnbrüderel dadurch zu unterbinden, daß man das Recht der Heimarbeit an eine Altersstufe gebunden habe. Daß man die Heimarbeitverhältnisse durch unseren Verband tariflich in bestimmte Normen gebracht hat, scheint dem Artikelschreiber nicht bekannt zu sein. Man habe durch die Festlegung einer Altersgrenze für Heimarbeit das Gegenteil dessen erreicht, was beabsichtigt war. Die Arbeiter wären trotzdem nicht in die Fabriken gegangen. Sie hätten nun nicht mehr für Offenbacher Fabrikanten, sondern für deren Abnehmer gearbeitet, Großisten und Einzelabnehmer, im In- und Ausland. Dadurch existieren jetzt in Offenbach und Umgebung zwei- bis dreimal mehr Lederwarenfabrikanten als vor dem Kriege.

Diese Entwicklung läßt sich doch nicht auf die Belämpfung der Heimarbeit durch die Arbeiterschaft zurückführen. Daß sich so viele Heimarbeiter und überhaupt frühere Lohnarbeiter selbständig machten, lag doch überhaupt im Zuge der Inflationsentwicklung. Die Käufer rissen sich eben nach Ware und drängten die Leute dazu, sich selbständig zu machen, lieferten wohl auch Arbeitsmaterial und Betriebskapital obendrein dazu, um dies zu beschleunigen. So hat sich das abgepielt. Der Kampf zur Einschränkung der Heimarbeit seitens der Gewerkschaft hat diese Entwicklung aber ganz bestimmt nicht gefördert. Eine weitere Belegerscheinung dieser Inflationsperiode war das Einbringen und Anwerben von ungelerten Arbeitskräften in die gesamte Lederwarenindustrie und nicht allein in Offenbach, sondern auch an allen anderen Plätzen.

Inwieweit die „Neuen Selbständigen“ nun zu gefährlichen Konkurrenten der alten Offenbacher Fabrikanten geworden sind, ist eine Frage, die wir nicht sachkundig beantworten können. Es wird wohl nicht so schlimm sein, denn eine große Anzahl dieser Treibriemselbständigen ist längst wieder von der Bildfläche verschwunden. Daß die Offenbacher Ware noch immer viel besser in der Qualität als irgendein ausländisches Fabrikat ist, kann schon sein. Die ausländische Ware soll aber billiger sein. Trifft das zu, dann ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis die Offenbacher Ware sich den Weltmarkt zurückerobert. Jedenfalls kann das Ausland aber nicht auf Grund niedrigerer Arbeitslöhne billiger sein, denn im Ausland sind die Arbeiterlöhne betanulich erheblich höher als in Deutschland. Die Ursache der Billigkeit scheint mehr in billigeren Materialpreisen zu liegen.

Der Verfasser des genannten Artikels fordert deshalb auch die Aufhebung der Zölle und Einfuhrverbote auf Seiden- und Futterstoffe, denn könne Offenbach wieder billiger produzieren. Wir sehen trotz alledem die Zukunft der Offenbacher Lederwarenindustrie nicht so pessimistisch an. Wir glauben vielmehr daran, daß sie sich die verlorenen Plätze auf dem Weltmarkt in absehbarer Zeit zurückerobert

Berliner Ledermesse.

In der Zeit vom 8. bis 11. Februar fand in Berlin die 2. Schuh- und Ledermesse statt. Der Andrang der Interessenten war ein äußerst starker und soll, Zeitungsmeinungen zufolge, dazu geführt haben, den Besuch der Messe für das breite Publikum zu sperren. Kenner der Verhältnisse versichern jedoch, daß die Sperre erfolgt sei auf Grund des Verlangens von Detaillistenverbänden. Sollte etwa das Publikum nicht sehen, welche Verdienste die Händler erzielen? Mag dieses oder jenes zutreffen: Tatsache scheint jedenfalls zu sein, daß die Messe einen Erfolg gebracht hat. Verliedern doch einzelne Aussteller, ein sehr gutes Geschäft gemacht zu haben. Dies kommt ja auch zum Ausdruck in dem Beschluß der Beteiligten, im August die Messe zu wiederholen.

Was nun die Messe selbst anbetrifft, so ist festzustellen, daß die Zahl der Aussteller ein wenig zurückgegangen ist. Dies liegt jedoch daran, daß diesmal die eigentlichen Sattlerwarengeschäfte fehlten, die im vorigen Jahre durch ihre Verbandstagnungen sehr stark interessiert waren. Doch was Namen und Klang hat, war vertreten. Auch die auswärtige Konkurrenz war vertreten. Doch kann man nicht sagen, daß diese die Berliner Arbeit an Qualität übertrifft. Das Gegenteil ist eher richtig. Einen glänzenden Eindruck machten die Fabrikate der Firma Banca. Eine Neuerung an den Suit Cases — runde statt spitze Eden — fiel besonders auf. Aber auch andere Firmen wie Lemte, Trebesius u. Knappe, Edmund, Loth u. Weiland, G. Dietrich, Reinhard u. a. m. gelangt durchaus, daß alle nur denkbaren Ansprüche erfüllt werde, so daß man mit Zug und Recht sagen kann, daß die Berliner Lederwarenindustrie sich zu den ersten Plätzen Deutschlands zählen kann. Doch auch die Arbeiterschaft hierbei, und nicht zum wenigsten, hervorragend beteiligt ist, ist eine Tatsache, die nicht geleugnet werden kann, und es ist nur eine allzu berechtigte Forderung, daß diese Beteiligung sich auch in einem Lohn ausdrückt, der, gemessen an anderen Löhnen, ebenfalls die Bezeichnung qualitativ verdient.

Die Arbeitslosigkeit im Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuller Ende Januar 1925.

Von 200 Verwaltungsstellen mit 31 716 Mitgliedern, davon 6235 weiblichen, haben 138 mit 29 206 Mitgliedern, davon 5829 weiblichen, berichtet. Nicht berichtet haben 62 Verwaltungsstellen mit 2510 Mitgliedern, darunter 406 weiblichen.

Am letzten Tage im Januar waren arbeitslos 2030 Mitglieder, davon 452 weibliche und 2104 männliche = 6,9 Proz. gegen 6,2 Proz. im Dezember 1924. Die Wirtschaftslage hat sich danach nur um ein geringes verschoben. Vertützt arbeiten:

Table with columns: Zahl der Arbeiter (männl., weibl., zusammen) and rows for 1-8 Stunden, 9-16, 17-24, and 25 und mehr Stunden.

Die Kurzarbeit ist von 10,2 auf 10,5 Proz. gestiegen, steht somit auf der Höhe des November 1924. Im allgemeinen wird darüber geklagt, daß sich augenblicklich die Lage des Arbeitsmarkts nicht bessert, sondern verschlechtert. Die allgemeine politische Unsicherheit dürfte dazu wesentlich beitragen. Auch hat es den Anschein, als ob trotz des außergewöhnlich milden Wetters und trotz notwendiger Bautätigkeit sich der Baumarkt nicht wesentlich verbessern will. Das muß jedoch wirken auf alle anderen Berufe, die von der Belegung der Bautätigkeit mehr oder weniger abhängen.

Aus unseren Berufsreisen.

Im Tapezierergewerbe ist schon wieder die bekannte Schmutzkonzurrenz, die Anfertigung von Schuhen und Schleudermägen gang und gäbe geworden. Die Berliner Tapeziererzawangsinnung nahm am 22. Januar Stellung zur Frage der Bekämpfung des unfaulteren Wettbewerbs. Sämtliche Bezirksvereine sollen Vertrauenspersonen namhaft machen, die dann Nachfragen aufstellen sollen, wie die Fußschiel wirksam zu bekämpfen sei. Die Schmutzkonzurrenz wird nicht ausgerottet werden, solange das Kleingewerbe besteht. Es sei denn, daß man den Leuten genügend andere lohnende Arbeiten verschaffen könnte. Da das unmöglich ist und die Kleingewerbetätigen sich nicht als Nachwuchs für die Gehilfen unterbringen kann, werden sich viele solcher eben mit Fußschiel über Wasser zu halten suchen. Dagegen werden die Innungen wohl vergeblich anrennen.

Korrespondenzen.

Bremen. Generalversammlung vom 29. Januar. Kollege Haupt erstattete den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl ist im 4. Quartal von 453 auf 401 zurückgegangen, viele waren nur noch auf dem Papier Mitglieder. Verschiedene sind abgereist ohne sich abzumelden, das darf nicht mehr vorkommen, die Kollegen müssen besser geküht werden. Es haben stattgefunden: 2 Branchengeneralversammlungen, 28 Mitglieder- versammlungen, 12 Vorstandssitzungen, 6 Lehrveranstaltungen. Die Löhne wurden im letzten Jahr um 55 Proz. verbessert. Die Versammlungen waren im Durchschnitt gut besucht. Das neue Jahr bringt uns viel Arbeit. Es sind noch viele Kollegen zu organisieren. Es muß eine tüchtige Agitation betrieben werden. Er appelliert an die Kollegen, sich zur Mitarbeit zu melden. Schwere Kämpfe stehen uns bevor. Es wird von Arbeitgeberseite darauf hingearbeitet, die Errungenschaften der Revolution zunichte zu machen. Dies dürfte nicht gelingen, unsere Parole muß heißen: „Alle Mann an Deck!“ Im Namen des Vorstandes dankt er allen Kollegen, die im verfloffenen Jahre tapfer mitgearbeitet haben und ersucht um allgemeine Mitarbeit. Die Wahl des Vorstandes ergab: Haupt erster, Zimmermann zweiter Vorsitzender, Niemann erster, Rung zweiter Kassierer, Osterburg und Eglus Schriftführer, Weisner: Seiler, Pavell und Semmig, Revisoren: Reimera, Seiler, Pavell und Böhning. Niemann gab den Kassenbericht. Bestand der Lokalfasse 635,95 M. Mitgliederbestand am Schlusse des 4. Quartals: 401, darunter 38 weibliche und 21 Beihilfliche. Semmig befragte, daß er keine Unterscheidung betriebs der Beihilflichen findet. Der Kassierer wird einstimmig entlastet. Haupt gibt die neuen Steuerabzüge bekannt. Ein Bücherkreis wurde gebildet gegen die Schundliteratur. Der Beitrag beträgt monatlich 1 M., dafür werden Bücher geliefert. Er fordert die Kollegen auf, dieser Organisation beizutreten.

Der Kollege Wof gehört dem Verbanke 25 Jahre, der Kollege Madel 27 Jahre lang an. Beide haben sich in jeder Weise an der Mitarbeit in der Ortsverwaltung betätigt. Der Vorsitzende spricht beiden

Publikaren den Dank im Namen der Kollegenschaft aus und ermahnt die jungen Kollegen, diesem Beispiel nachzueifern. Weiter erinnert er auf die Betriebsratswahlen. Er empfiehlt den Kollegen, die Beschäfte, die Zentralbibliothek usw. zu benutzen. Es kommt dann zur Sprache, daß bei der Firma Fröchte Chaiselanges in 8 Stunden, oft sogar in 2 Stunden hergestellt werden. Es ist traurig, daß so etwas vorkäme und sich Kollegen dazu hergeben. Die Ortsverwaltung sollte in dieser Sache mit der Annung konform gehen und solche Firmen an den Bräuser stellen. Wer solche Arbeit herstellt, hilft keine Mitmenschen betrügen. Haupt ermahnt, die Versammlungen im neuen Jahr zu besuchen.

Franz Osterburg.

Spandau. Versammlung vom 7. Februar. Genosse Apold referierte über: „Aranken- und Familienunterstützung in der hiesigen Ortskrankenkasse“. Bessere wird in den errichteten Ambulatorien kostenlos allen Angehörigen des Versicherten gewährt, die im Haushalt derselben wohnen. Als Störbegeißel wird das Abgabe des Grundbuches beim Ableben der Mitglieder gewährt. In die Gewerkschaftsunterkommission sollen nur Delegierte gewählt werden, die dem Vorstand angehören, um ein rationales Zusammenarbeiten zur Wahrung der Arbeiterinteressen zu ermöglichen. Die K.P.D.-Zentrale hat ein Rundschreiben erlassen, darin werden die Erwerbslosen aufgefordert, in die Unterkommission einzubringen. Wir lehnen das ab, da unsere Erwerbslosen genügend vertreten sind. Unser Stiftungsfest soll am 14. März stattfinden. In der dabei stattfindenden Verlosung wird der Hauptgewinn 1000 Reichsmark sein. Die Kollegen haben sich bereit erklärt, die Verlosung durch weitere, selbst hergestellte Gegenstände zu bereichern.

Thiede.

Zeitz. Zum 20jährigen Bestehen der Zahlstelle Zeitz fand am 5. Februar eine Festversammlung bei Steuert statt. Kollege Busch hielt die Festrede. Im Jahre 1889, nachdem der Sattlerkongress in Dresden gelagt hatte, wurde auch in Zeitz eine Verwaltungsstelle gegründet, die aber im Laufe des Jahres wieder einging. Zu Anfang der neunziger Jahre wurde dann ein Fachverein gegründet. Alle Versuche von Zeitz aus, 1898—1905 eine Zahlstelle des Verbandes zu gründen, schlugen fehl. 1905 gelang es den Kollegen Haunstein und Seidel aus Halle, durch Hausagitation den Grundstock zu unserer Filiale zu legen. Sie erstarkte immer mehr, so daß wir heute über 300 Mitglieder muster können.

Busch schildert die Entwicklung in den zwanziger Jahren. Interessant war unter anderem, daß im Jahre 1901 die Zeitziger Kollegen bei einem Ausflug nach Zeitz durch eine 12 Mann starke Musikkapelle, die der Zeitzer Fachverein stellte, vom Bahnhof abgeholt wurden. 1911 brachte einen mehrwöchigen Streik in der gesamten Rinderwagenindustrie, der mit Teilerfolg endete. Während der Kriegszeit ging es stark zurück. Kolleginnen übernahmen zum Teil die Führung. Auch Differenzen überleben uns nicht erspart; die Gabelung mußte mehrere Male einspringen. Durch Nachzahlung wurden den Kollegen Tausende von Mark durch den Verband herausgeholt. Außerdem die Zahlung erhöhter Löhne. In Betracht kamen die Firmen Scholle, Opel und Wärtner. Wie ein roter Faden gehen sich die Streitigkeiten mit der Firma Scholle durch die Geschichte der Verwaltungsstelle Zeitz.

Von den Gründern sind heute noch unter uns die Kollegen Weidauer, Keller, Lenz und Müller. Ernst, die immer noch mit an der Spitze tätig sind. Redner zitiert die Aufschrift im Geschäftshaus der Firma Richter: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“ Er verlangt, daß die jüngeren Kolleginnen und Kollegen dafür sorgen, daß alles, was die älteren Kollegen aufgebaut haben, festgehalten und weiter ausgebaut wird zum Segen der Kollegenschaft. Er schließt mit dem Wunsch, daß in Zukunft die Zahlstelle Zeitz blühen und gedeihen möge. Richter beschloß.

Hierauf wurde ein Dankschreiben der Eisenacher Kollegen verlesen. Dann übte Blüder scharfe Kritik an den Maßnahmen des Hauptvorstandes in bezug auf Sammlungen für Streikende. Busch erörterte die Gründe, die den Hauptvorstand zu solchen Maßnahmen veranlassen.

Eine Betriebsversammlung der Firma Scholle war gut besucht. Das neue Lohnabkommen in der Lederwarenindustrie hat die Firma noch nicht anerkannt. Da eine Berufsschlichtungsstelle nicht zustande gekommen ist, wird der amtliche Schlichter in Weiskens angezogen.

Keller übt Kritik an der Ortsverwaltung wegen der Berichterstattung an die Verbandszeitung. In die Vorkommission der Allgemeinen Industrie wird Kollege Keller gewählt. Zum Volkshausbau in Zeitz wird Stellung genommen; die Beschlüsse der Gewerkschaftsvorstände werden aufgehoben. Windau erinnert an das Leben der Arbeiterpresse. Das Vergnügen am Sonnabend wird in Erinnerung gebracht.

Paul Behr.

Lohnbewegungen und Streiks.

Fahrzeugindustrie.

Berlin. Die Aussperrung bei der Firma Kühnstein ist beendet. Die Urklage, Streitarbeit für Eindeklungen zu leisten, wurde von der Firma der Belegschaft gegenüber eingestellt. Der Ausland bei der „Mitropa“ dauert fort.

Eindeklungen bei Stuttgart. Nach 10wöchentlichem Ausstand ist mit vollem Erfolg für die Autofabrik bei Daimler die Arbeit wiederaufgenommen worden.

Tapezierergewerbe.

Darmstadt. Der Streik resp. die Aussperrung dauert an.

Dortmund. Bei den Firmen Rose und Eppinghausen wird wegen Lohnhöhen gestreikt. Finsterwalde. Der Zeistreib geht weiter.

Leipzig. Der allgemeine Ausstand ist mit Erfolg beendet. Die Lohnzulage beträgt pro Stunde 9 Pfennig. Desgleichen ist der Ausstand bei der Leipziger Postermöbelfabrik A.G. beendet.

Lederwarenindustrie.

Landsberg a. d. W. Der 12wöchentliche Lohnstreik bei der Firma M. Koberstein ist beendet. Reichenow. Die Kollegen und Kolleginnen stehen seit dem 9. Februar 1925 im Ausstand. Meldet streng die bestreikten Orte.

Rundschau.

Am 11. Februar hat sich auf der Zeche Minister Stein bei Böhnum ein entsetzliches Unglück ereignet. Weit über hundert Bergleute haben durch eine Explosion ihr Leben verloren. Die Ursachen der Katastrophe scheint Kohlenstaub und mangelhafte Belüftung zu sein. Hoffentlich geht man den Ursachen diesmal gründlich zu Leibe und zieht die Schuldigen unumschmeichelt zur Rechenschaft. Entsetzlich sind die Folgen für die zahlreich Hinterbliebenen.

Die Erbitterung unter den Bergarbeitern war, wie man sich leicht denken kann, schon an sich groß genug, wie mag sie nun erst gestiegen sein.

Spezialausstellungen von Erfindungen und Neuentdeckungen. Der Deutsche Erfinder-Schutzverband e. V. in München (gegr. 1912) veranstaltet während der Messen in Leipzig und Frankfurt die 23. und 24. Ausstellung von Erfindungen und Neuentdeckungen. Allen Erfindern ist hier Gelegenheit gegeben, ihre Schutzrechte ohne große Kosten zu verkaufen. Mittel- und arbeitslose Erfindern sowie Kriegsbeschädigten stehen bei entsprechender behördlicher Vorsehung eine beschränkte Anzahl ganzer oder halber Freipässe zur Verfügung. Anmeldebüro müssen sofort erfolgen, da sonst die Gegenstände nicht in den Ausstellungskatalog aufgenommen werden können. Ausstellungsbedingungen kostenlos. Fragebogen über die Bedürftigkeit (Verdienstzeugnis) gegen Rückporto durch die Geschäftsstelle des Verbandes, München, Falkenstr. 15b

Die beiden Internationalen für den Achtstundentag. Die auf Anregung des IGB, am 3. und 4. Januar in Brüssel abgehaltene Sitzung der Exekutiven des IGB und der Soz. Arbeiter-Internationale, an der seitens des IGB, Mertens, Graßmann, Oudegeest und Cassenbach teilnahmen, befaßte sich unter anderem auch mit der Frage des Achtstundentages. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entschlußfassung angenommen:

„Die Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale haben in ihrer gemeinsamen Sitzung in Brüssel am 3. Januar 1925 die Frage unterzucht, welche gemeinsamen Maßnahmen ergriffen werden können, damit alle Staaten und besonders die großen Industriestaaten so rasch wie möglich alle von den Internationalen Arbeitskonferenzen angenommenen Übereinkommen und vor allem das Achtstundentagsübereinkommen von Washington ratifizieren.“

Die Bureaus sind der Ansicht, daß eine baldige und zufriedenstellende Regelung in dieser Frage im Interesse der Arbeiterklasse im besonderen und der Gesamtheit der Nationen im allgemeinen ist.

In Ermüdung, daß die Vorbereitung der Feler des 1. Mai 1925, auf deren Tagesordnung in erster Linie die Forderung nach der Ratifikation des Achtstundentagsübereinkommens stehen soll, durch Erörterung dieser Forderung in den Parlamenten wirksam unterstützt werden kann, beschließen die Bureaus, daß, sobald die französische Kammer das Washingtoner Übereinkommen ratifiziert haben wird und spätestens in der ersten Hälfte April, die Parlamentarieraktionen aller sozialistischen Parteien eine Interpellation zu diesem Gegenstand einbringen sollen.“

Bücherchau.

„Arbeiter-Jugend.“ Heft 1. Monatschrift des Verbandes sozialistischer Arbeiterjugend, Berlin, Lindenstraße 3. „Jungsozialistische Blätter.“ im gleichen Verlage. Preis des Heftes 30 Pf.

Im Verlag von Reimar Hobbing (Reichsarbeitsblatt), Berlin, erschien „Berufsberatung, Berufsausschlese, Berufsausbildung.“ Beiträge zur Förderung des gewerkschaftlichen Nachwuchses. Mit Zeichnungen und 16 Bildtafeln. 319 Seiten. Sonderveröffentlichung zum Reichsarbeitsblatt.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 15. bis 21. Februar ist der achte Beitrag für 1925 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung ist Ehrensache für jedes Mitglied.

Auf Grund des § 4 Absatz 2 des Verbandsstatuts werden folgende Mitglieder aus dem Verband ausgeschlossen:

Sylvester Anger, Buchn. 98 275, Elberfeld; Ernst Knoke, Buchn. 35 356; Johann Bluma, Buchn. 91 985; Michael Pieten, Buchn. 81 534; Karl Bajer, Buchn. 68 270; Hugo Lieben, Buchn. 68 272; Therese Rappers, Buchn. 68 747; sämtlich in Düsseldorf.

Erklärung in Sachen Galsch

Der Verbandsvorstand hat nach Antrag der Ortsverwaltung Offenbach den Gauleiter Kollegen Galsch-Frankfurt ersucht, sich zu dem Vorwurf der Ortsverwaltung Offenbach in unserer Zeitung Nr. 3 zu äußern. Nach Prüfung dieser Angelegenheit erklärt der Verbandsvorstand einstimmig, daß gegen Galsch nicht der geringste Vorwurf der Verbandschädigung erhoben werden kann. Galsch hat einer Einladung von SPD-Kollegen Folge geleistet, also einer Fraktionsführung. In dieser Sitzung hat Kollege Galsch alle Bestrebungen bekämpft, die darauf hinauszielen, das Organisationsverhältnis zu lösen und die Kollegen ersucht, ihre Verbandsbeschwerden in den Versammlungen der Offenbacher Ortsverwaltung auszulagern. Da der Vorwurf gegen Galsch öffentlich erhoben wurde, sah der Vorstand sich veranlaßt, auf diesem Wege die Sache klarzustellen.

Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Berlin. Am 4. Februar starb Kollege Gustav Thies, Sattler, im Alter von 52 Jahren. — Am 9. Februar starb Kollege Paul Kerle, Portefeuller, im Alter von 66 Jahren.

Hamburg. Am 3. Februar starb Kollege Otto Krüger, Tapezierer, im Alter von 44 Jahren.

Offenbach a. M. Am 27. Januar starb Kollege Johannes Selp, Anschläger, aus Bismolshausen, im 43. Lebensjahre. Selp war über 23 Jahre Mitglied und von 1901 bis vor dem Kriege eine eifrige organisatorische Kraft im Offenbacher Industriekreis. — Am 4. Februar starb Kollege Jakob Wittich, Portefeuller, aus Neu-Hamburg, im 46. Lebensjahre plötzlich durch Herzschlag. — Am 9. Februar starb Kollege Karl Bauer, Sattler, aus Bieber, im 40. Lebensjahre.

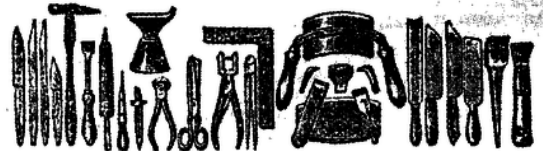
Ehre ihrem Andenken!

Hannoversche Sportartikelfabrik

sucht zu sofort erfahrenen

Zuschneider

für Schneeschuhbindungen. Offert. unt. S. 25 an die Expedition d. Blattes.



G. Bruchlacher, Werkzeugfabrik, Berlin S., Oranienstraße 43.